Youth International Strike – für revolutionären Internationalismus gegen Krieg und Imperialismus!

von Yorick F., aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 8 Minuten Lesezeit

Die Welt brennt literarisch und metaphorisch: Klimakrise, Krieg, Genozid, immer weiterwachsende Armut. Die Herrschenden senden eine klare Botschaft an die Jugend und Arbeiter:innenklasse: euer Leben ist uns nicht mehr wert als den Profit, den ihr für uns erwirtschaftet. Um die Militärapparate aufzurüsten und Waffen für Genozide zu liefern werden unsere Schulen, Universitäten und Gesundheitssysteme kaputtgespart. Während das Klima auf den kompletten Kollaps zusteuert, werden Maschinen gebaut, welche nichts tun als tausende Menschenleben und Natur und Klima zu zerstören.

Das alles sind keine Zufälle, es sind Ausdrücke des Imperialismus, des höchsten Stadiums des Kapitalismus. In einem Neuaufteilungskampf um weltweite Einflussphären, Bodenschätze und politische Macht stehen sich imperialistische Großmächte wie die USA, und China, aber nicht nur sie, auch Deutschland, Frankreich oder Britannien gegenüber und wollen ihren Platz an der Sonne haben. Die Jugend und die Arbeiter:innenklasse tragen die Kosten davon. Ob in Palästina, Libanon, Sudan, Kongo, Venezuela, Iran, Kuba oder der Ukraine. Ob in maroden Schulen, ob in Zwangsmilitärdiensten und Musterungen. Überall stehen wir einem gemeinsamen Feind gegenüber: den Herrschenden dieses imperialistischen Weltsystems.

Internationale Aufstände…

Angesichts dieser Perspektiven ist es kaum verwunderlich, dass Jugendliche,

in Europa und weltweit, auf die Straße gehen. Ob in Deutschland gegen Wehrpflicht und Militarisierung. Ob in Österreich und Aserbaidschan gegen Hijab-Verbote in Schulen. Ob Aufstände in Frankreich gegen kaputtgesparte Schulen, welche sich nach Belgien ausbreiteten. Ob Massendemonstrationen und Protestcamps gegen Mietenwucher in Spanien und Portugal. Ob Proteste gegen Umweltzerstörung und Korruption in Albanien. Und das sind nur einige Ausdrücke aus den letzten Wochen und Monaten.

Schauen wir ein wenig zurück und über Europa hinaus sehen wir noch mehr: „GenZ – Aufstände“ 2025, die vielmehr Proteste gegen Korruption und miserable Lebensbedingungen waren in u.a. Kenia, Peru, Nepal, Indonesien, Marokko und Madagaskar, die teilweise in der Lage waren Regierungen zu stürzen. Schüler:innenstreiks in Australien für Palästina und gegen Pauline Hansons One Nation. Massenprotesten in Argentinien gegen Milei oder Student:innenproteste gegen Korruption und Umweltzerstörung in Serbien.

Alle diese Proteste und Aufstände zeigen eine Generation an Jugendlichen die ihr bewusstes Leben nichts als Krise gekannt hat: die Finanzkrise 2008 und Ihre Ausläufer:Innen, Corona, Klimakrise, Krieg und Genozid international. All das wird auf unserem Rücken ausgetragen, sich dagegen zu wehren ist nicht nur richtig sondern bitter notwendig!

Ein wichtiges Fundament für diese Protestwellen stellt der internationale Widerstand gegen den Genozid des zionistischen Staates in Palästina dar: Millionen junger Menschen konnten und können tagtäglich verfolgen wie sich ein Genozid, finanziert und unterstützt durch die Regierungen ihrer Staaten abspielt. Die herrschenden Klassen haben sich vor Millionen an jungen Menschen als das entlarvt was sie immer schon waren: Lügner:innen, Unterdrücker:innen, Mörder:innen.

… brauchen internationale Organisierung!

So groß, kraftvoll und notwendig die jeweiligen Proteste jeweils auch waren, sie allein bringen noch keine grundlegende Veränderung. Das heißt nicht, dass es nicht geschafft wurde krasse Erfolge zu erringen. Regierungsstürze in Madagaskar oder Nepal, Blockaden von Waffenlieferungen nach Israel in

Frankreich, Griechenland oder Italien, die Politisierung und Radikalisierung von Jugendlichen weltweit. Das allein reicht jedoch nicht aus um dem Feind dem wir entgegenstehen etwas nachhaltig entgegenzusetzen. Dieser Feind sind unsere jeweiligen herrschenden Klassen und ihr System: der Kapitalismus in seinem höchsten Stadium, dem Imperialismus. Dieser Feind konfrontiert uns zwar täglich direkt, durch Musterungsbriefe, seine Repressionsorgane, oder Kürzungspolitik doch ist v.a. International organisiert. **Für uns lässt das nur einen Schluss zu: wir müssen uns auch International organisieren!**

Der Aufruf zum Jugendstreik am 20.11. ist ein Schritt dafür in die richtige Richtung, es ist notwendig die internationalen Proteste zu vereinen. Wie richtig das ist, zeigt allein wie große Angst die Herrschenden auch hier in Deutschland vor den Protesten in Frankreich haben. In allen Medien kann man hochstilisierte Videos von Plünderungen und Gewalt finden und die Junge Union fordert sogar mit dem Militär auf solche Proteste loszugehen sollten sie sich nach Deutschland ausbreiten. Entscheidend ist dabei, dass es nicht bei einem symbolischen Streiktag bleibt, sondern, dass daraus etwas größeres erwächst: Es braucht eine gemeinsame internationale Bewegung gegen Krieg und Krise!

Dafür muss das Youth Strike Bündnis der Anfang sein, weiter unten führen wir kurz unsere drei zentralen Vorschläge aus wie es mit der Bewegung unmittelbar auf internationaler Ebene weitergehen kann. Doch wie gehen wir hier in Deutschland weiter nach dem 20.11.?

Was heißt es für uns „aus Frankreich zu lernen?“

Die Aufstände in Frankreich zeigen uns, was auch im imperialistischen Zentrum möglich ist, wenn die Jugend die Schnauze voll von der heuchlerischen kapitalistischen Politik ihrer Regierung hat. Wenn auch weniger krass als etwa nach Belgien sind Ausläufer dieser Protestwellen auch in Deutschland angekommen, in diversen Städten wie Berlin, Hamburg, München, Kassel oder Leipzig fanden Blocus (Schulblockaden) statt. Diese

sind ein starkes Zeichen! Es bleibt allerdings notwendig diese in eine breite Bewegung einzubetten, wenn sie nicht bei vereinzelten guten Aktionen verbleiben wollen.

Aktuell schaffen weder die Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht noch die Gen-Z Regelt Proteste das wirklich nachhaltig zu tun. Was haben unsere Bewegungen nicht was die Bewegung in Frankreich hat? Oder anders gefragt was sind zentrale Punkte die wir adressieren müssen?

I. Schulterschluss mit der Arbeiter:innenklasse

Auch wenn klar ist, dass die Kampfbereitschaft der deutschen Gewerkschaften und ihre Verbindung zu Jugendprotesten historisch andere als in Frankreich ist – endbindet das uns nicht von der Aufgabe den aktiven Schulterschluss zur Arbeiter:innenklasse und ihren Organisationen zu suchen. Ein wichtiger Hebel dafür sind nicht zuletzt Linkspartei und Solid. Erstere hat eine nicht zu vernachlässigende Verankerung in den DGB-Gewerkschaften, welche sie nutzen sollte, um z.B. in der GEW (Lehrer:innengewerkschaft) dafür zu sorgen, dass Lehrer:innen sich mit den streikenden Schüler:innen solidarisieren, z.B. keine Fehltage eintragen und letztlich gemeinsam mit ihnen auf die Straße gehen und streiken. Denn wenn zugunsten der Militarisierung im Bildungssystem gekürzt wird dann müssen wir zusammenstehen und können so eine größere Kraft zu entfalten, wie in Frankreich wo die Gewerkschaften sich schützend vor die Schulblockaden stellen.

II. Gegen soziale Unterdrückung!

Eine wichtige und oft übersehene Triebkraft der Proteste in Frankreich ist die berechtigte Wut von PoC gegen ihre rassistische Unterdrückung ebenso wie die Wut von jungen Frauen gegen ihre Unterdrückung. Die Bewegung in Frankreich machte dies zum zentralen Thema, Forderungen verknüpfen etwa das rassistische Hijab-Verbot an französischen Schulen und die Kürzungen in Bildung und sozialem Bereich. Das braucht es auch in Deutschland, wo der, alle bürgerlichen Parteien durchziehende, Rechtsruck PoC, Migrant:Innen, Frauen und Queers vor dem Bus wirft um ihre Unterdrückung als spaltenden

Rammbocks für Kürzungs- und Militarisierungpolitik zu verwenden.

III. Blocus überall verankern!

Blocus können ein wichtiger Startpunkt für Verankerung an den Schulen sein, dafür müssen sie auch genutzt werden. Sie müssen genutzt werden Versammlungen abzuhalten und etwa Solidaritätserklärungen abstimmen z.B. in Solidarität mit den französischen Schüler:innen, Aufrufe an die Lehrer:innen ebenfalls zu streiken und Forderungen für besseren Unterricht und Schulgebäude. Sie sollten genutzt werden um Komitees an den Schulen, wo es sie noch nicht in Form der Schulstreikkomitees schon gibt, aufzubauen und längerfristig zu verankern um den Widerstand nicht nur einmal, sondern dauerhaft an die Schulen zu tragen und mehr Schüler:innen in Aktivität zu bringen. Letztlich braucht es auch Schüler:innengewerkschaften, wie in Frankreich.

Perspektive für den Youth International Strike

Als ISL (Internationale Sozialistischen Liga) schlagen wir folgende Punkte für den Weg nach vorne im Youth Strike Bündnis vor, wir laden alle Gruppen und Aktivist:innen dazu ein diese mit uns zu diskutieren und sich unseren Reihen anzuschließen:

I. Bei einem Streik darf es nicht bleiben!

Eine Bewegung gegen die Militarisierung weltweit braucht mehr als einen Streik, es braucht regelmäßige international koordinierte Aktionen, welche zum einen Leute auf die Straße bringen und gleichzeitig auch international und vor Ort, in Schule, Unis und Betrieb feste Strukturen bilden, welche die Bewegung tragen können. Diese Aktionen sollten international koordiniert werden, hierfür braucht es klare, demokratische und transparente Strukturen, in denen sich alle Organisationen des Bündnisses einbringen können und sollten.

II. Konkrete Verbindung mit existierenden Kriegen!

Die Aufrufe zu Solidarität mit Betroffenen von konkreten Kriegen, Genoziden

und anderen von imperialistischer Aggression betroffenen Staaten sind wichtig und richtig. Es braucht aber eine Debatte darüber, wie wir unsere Solidarität praktisch werden lassen können. Uns muss klar sein, dass einer der wichtigsten Schritte dabei sein muss gegen die Imperialistische Bestie in einem ihrer eigenen Herzen, in den imperialistischen Staaten der EU zu kämpfen. Dass kann heißen Widerstand gegen bestehende oder geplante Produktionsstätten und Transportzentren für Rüstungsgüter zu organisieren. Gleichzeitig sollten wir Aktionen wie die Flotilla nach Gaza oder den International Solidarity Convoy to Ukraine unterstützen, auch wenn es sich dabei in erster Linie um humanitäre Projekte halten, müssen wir diese Momente politisch nutzen. Der Blockadeaufruf der Hafenarbeiter:innen am 30. Oktober war dafür ein wichtiger Schritt, jedoch muss sich das ausweiten z.B. für den akademischen Boykott in Unis.

III. Wir brauchen strategische Diskussion!

Das Youth Strike Bündnis besteht aus diversen Organisationen aus unterschiedlichen Ländern, mit verschiedenen Programmen. Uns eint, dass wir der Militarisierung und dem Imperialismus etwas International entgegensetzen wollen. Gleichzeitig haben wir unterschiedliche Vorstellungen, was das konkret heißt und wie wir dahin kommen. Das darf nicht bedeuten, dass wir uns ausschließlich auf die Dinge verständigen in denen relative Einigkeit besteht, es muss gerade auch bedeuten, dass wir kontroverse Punkte ehrlich und solidarisch offen diskutieren können. Wir schlagen hierfür nach dem 20.11. eine Strategiekonferenz des Youth Strike vor um über Strategie, Ausrichtung und Taktik im Aufbau einer schlagkräftigen Bewegung zu diskutieren, nur gemeinsam können wir Aufrüstung und Militarisierung wirksam etwas entgegensetzen. Wir rufen alle Organisationen und Aktivist:innen, die mit diesen Vorschlägen übereinstimmen auf sich unseren Organisationen in allen Ländern anzuschließen, um gemeinsam zu kämpfen für eine revolutionäre Perspektive!

Hoch die Internationale Solidarität!

Warum es immer diesen einen Lehrer gibt und wie wir sexualisierte Gewalt an Schulen bekämpfen!

von der REVO Leitung, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 8 Minuten Lesezeit

Ob der Sportlehrer, der Kommentare über die Körper unserer Mitschülerinnen macht, Herr Müller, der seine Frau für eine Schülerin nach dem Abi verlässt, oder Tim, der seine Freundin auf einer Party vergewaltigt. Fast jeder kann aus der Schulzeit eine Geschichte von sexualisierter Gewalt erzählen, die meisten sogar mehrere. Sowohl Machtmissbrauch von Lehrkräften und Erzieher:innen, sowie übergriffige Dynamiken in jugendlichen Beziehungen prägen den Alltag in unseren Schulen im Kapitalismus. Doch warum ist das so und wie können wir darauf Antworten finden?

Pro Schulklasse sind 1-2 Schüler:innen von sexualisierter Gewalt betroffen. Das hat die unabhängige Kommission des Bundes zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs 2025 herausgefunden. Dabei ist von einer noch größeren Dunkelziffer auszugehen. Entgegen der herrschenden Erzählung ist sexualisierte Gewalt kein Randphänomen, keine Ausnahme – sondern in der Gesellschaft und auch in der Schule der schreckliche Normalzustand.

Dabei wird das Problem totgeschwiegen. Statt ernsthafte Aufklärung und Behandlung dieser Epidemie von Gewalt in unserem Alltag, wird diese, wenn sie bekannt wird, als Einzelfall und Ausnahme verklärt, von der sich lediglich moralisch distanziert wird, anstatt offene Gespräche über Ursachen und

Folgen zu führen. Anstatt Täter und ihre Gewalt als das zu sehen, was sie sind: die logische Konsequenz dieser Gesellschaft und unseres Schulwesens. Dadurch werden Betroffene letztlich nur isoliert, es wird erschwert anzusprechen, wenn Übergriffe passieren oder diese erstmal zu erkennen. Wir werden dazu gebracht, unsere Erfahrungen kleinzureden und müssen mit den Folgen alleine umgehen, da eine Scham aufgebaut wird, darüber zu reden.

Das kommt auch daher, dass die Schule Täter:innen systematisch schützt, statt für Veränderung einzutreten. Bei Übergriffen durch Lehrkräfte wird weggeschaut oder trotz Wissen darüber das Geschehen ignoriert. Man will nicht den Ruf der Schule schaden und bestimmt war der Kommentar von Herr Müller gar nicht so gemeint. Dazu kommt die Ausrede bei Beamt:innen, dass es unmöglich wäre Konsequenzen zu ziehen. Wenn überhaupt wird es totgeschwiegen oder man bekommt Kommentare von (männlichen) Mitschüler:innen, dass man sich das nur ausdenken würde für Aufmerksamkeit. Wenn nicht direkt ein verharmlosender Kommentar kommt, dass man auch mal gerne etwas mit Herr Meyer hätte. Gleichzeitig werden Taten von Mitschüler:innen kleingeredet, sie würden es nicht besser wissen und man soll jetzt doch auch nicht so hart sein. Das ganze zieht sich durch jegliche Strukturen an der Schule: Sei es die Schulleitung, die aktiv wegschaut und alles klein redet, die Lehrer:innenkonferenz, die lieber über unsere Noten reden will oder der Elternrat, der lieber über das Sommerfest redet.

Während offizieller Schutzkonzepte Sicherheit suggerieren, gibt es kaum Konsequenzen, außer die Verantwortung wird mal wieder über sexistische Kleidervorschriften auf Schülerinnen abgewälzt. Trotz jeglicher Distanzierung von sexualisierter Gewalt kreieren sie ein Klima, welches die Gewalt aufrechterhält – sie erschaffen den Normalzustand.

Woher kommt die Gewalt?

Dieser Normalzustand der Angst, Scham und Unterdrückung ist gewollt von den Herrschenden. Das System der sexuellen und patriarchalen Unterdrückung ist eingeschrieben in die kapitalistische

Ausbeutung, welche unser Leben strukturiert. Das Patriarchat, sexualisierte Gewalt und Sexismus sind ein Herrschaftsmechanismus zur Kontrolle und Disziplinierung, besonders von Frauen und queeren Personen. Wir werden dahin erzogen, die Entrechtung und Erniedrigung, die wir in der bürgerlichen Kleinfamilie durch unsere Eltern erleben und das Abwälzen der Care-Arbeit auf Frauen einfach hinzunehmen. Dass die Care-Arbeit von Frauen gemacht werden soll, ist notwendig, um die Arbeitskraft für die Kapitalist:innen zu regenerieren und muss im Privaten passieren, um die Profite der Unternehmen nicht anzugreifen. Dazu kommt, dass in der kapitalistischen Gesellschaft Frauen als "Geburtsmaschinen" funktionieren sollen, damit die Kapitalist:innen wieder neue Arbeiter:innen bekommen, aus welchen sie Profit pressen können. Die sexualisierte Gewalt, die insbesondere geschlechtlich unterdrückte Personen erleben, kommt aus dieser "niederen" Funktion in der Gesellschaft und verstärkt diese zugleich.

Die kapitalistischen Schönheitsideale sorgen dafür, dass vor allem junge Mädchen Ziel sexualisierter Gewalt werden. Alte Männer brüsten sich damit, wenn sie kurz vor der Rente was mit 20 Jährigen haben, Promis daten nie in der gleichen Altersklasse und es ist eine "coole" Geschichte auf dem Schulhof, mit den Schülern aus der Oberstufe auszugehen. Aus der Logik, dass Frauen Kinder bekommen sollen, ergibt sich die besondere Sexualisierung von Jugendlichen, die zu den so hohen Zahlen an sexualisierter Missbrauch in unseren Schulklassen führt. Konsequenzen für Lehrer dürfen das Bild der Schule nicht belasten und kommen nur, wenn es für die Schulleitung nicht anders geht. Wie wir uns selbst ermächtigen und wie wir in unserem Umfeld Missbräuche mitbekommen und verhindern können, sollen wir gar nicht lernen.

Das drückt sich darin aus, dass wir im Sexualkundeunterricht keinen ernsthaften Konsens beigebracht bekommen. Während wir mit Medien, wie Filmen und Büchern konfrontiert werden, welche uns Geschlechterrollen und Erzählungen vermitteln, die übergriffiges Verhalten idealisieren und somit fördern. Das zeigt sich, wenn wir ein Buch wie "Der Vorleser" in Deutsch lesen müssen, welches die Machtdynamiken eines riesigen Altersunterschieds als Liebesgeschichte verkauft – ohne diese ernsthaft

kritisch zu behandeln. Wenn uns weiterhin erzählt wird, dass das Nein von Frauen und Mädchen eine Einladung zur Verhandlung sei und dass man es einfach weiter probieren müsste. Wie wir Konsens geben können, über Sex reden, unsere Bedürfnisse und Grenzen erkennen und kommunizieren können, sei ein Tabu-Thema und nichts für den Unterricht – obwohl es genau da behandelt werden müsste!

Das System der Gewalt manifestiert sich darin, dass wir keine Mitsprache haben und in der Schule entrechtet werden. Weswegen unsere Lehrer:innen mit ihren Taten davon kommen, da der Schulleitung meist der Ruf der Schule wichtiger ist als das Leid, das wir erfahren. Über Sex reden wird tabuisiert, eigene Erfahrungen anzusprechen bedeutet in vielen Fällen mehr Stress, als alles in sich reinzufressen und den Mund zu halten. Dabei müssen wir Aushalten, da wir uns der Schule nicht entziehen können und wenn wir es nicht mehr tragen können und schwänzen, weil es nicht mehr geht, folgen Konsequenzen, die uns all unsere Perspektiven verbauen können. Die Normalisierung von sexualisierter Gewalt ist gewollt und wer sich dagegen auflehnen will, wird Mundtot gemacht.

Es muss nicht so bleiben!

Doch wir müssen diese Zustände nicht hinnehmen, wenn wir uns zusammenschließen, können wir etwas verändern. Dabei wird uns niemand etwas schenken, denn obwohl niemand sich für sexualisierte Gewalt aussprechen wird, profitieren nicht wenige von den Strukturen, welche sie hervorbringt, wie der Entrechtung von uns Schüler:innen, die Unterdrückung von Frauen und Queers und der Sexualisierung weiblicher Körper.

Die oben erwähnte Studie kommt zu dem Entschluss, dass es eine unabhängige Beschwerdestelle braucht. Wir stimmen zu, sagen aber, dass solche Meldestellen unter der demokratischen Kontrolle der Schüler:innenschaft stehen und wähl- und abwählbar sein müssen. Meldestellen können auch nicht nur bei der Aufnahme stehen bleiben. Wenn danach die Informationen nur an die Schulleitung weitergegeben werden, ist nicht viel getan.

Wir brauchen überall eine Antidiskriminierungsstelle, welche direkt handeln kann und Konsequenzen aus Taten zieht. Wir sollten entscheiden können, unsere Lehrer:innen zu beurlauben, versetzen oder zu entlassen, statt auf bürokratische Verfahren zu warten, die häufig zu nichts führen, wenn sie unsere Körper sexualisieren und ihre Macht ausnutzen, für Übergriffe und Missbräuche. Genauso wie gegenüber übergriffigen Mitschüler:innen. Dazu braucht es die Möglichkeit für kostenlose und sofortige psychologische Betreuung, für alle Betroffenen von sexualisierter Gewalt. Doch es reicht nicht erst zu handeln, wenn etwas passiert ist. Sexualisierte Gewalt bekämpfen muss heißen, dafür zu sorgen, dass es gar nicht so weit kommt.

Deswegen braucht es Konsens im Stundenplan, besseren Sexualkundeunterricht und eine breite Aufklärungskampagne an den Schulen. Statt noch einmal zu hören warum die soziale Marktwirtschaft anscheinend unausweichlich sei, sollten wir lieber gemeinsam lernen, wie wir Beziehungen auf Augenhöhe führen, die Grenzen von unseren Partner:innen und Freund:innen wahren und intime Moment schaffen, welche sich für alle schön anfühlen. Doch nicht nur wir Schüler:innen müssen etwas anderes lernen, alle vorherigen Generationen haben ebenfalls sexistische Geschlechterrollen anerzogen bekommen und selten Konsens gelernt – deswegen braucht es Aufklärungsprogramm mit Workshops und Infomaterial in jeder Schule und überall in der Gesellschaft – demokratisch erarbeitet durch Schüler:innen, Lehrer:innen gemeinsam mit Betroffenenverbänden und Gewerkschaften. So können wir ernsthafte Prävention voranbringen.

Um diese Forderungen durchzusetzen, müssen wir uns organisieren, in der Schule und darüber hinaus. Ihr habt wahrscheinlich auch einen sexistischen Lehrer, von dem die meisten wissen. Wenn ihr mit euren Freund:innen und Mitschüler:innen das nächste Mal darüber redet, schlagt ihnen doch vor, euch zusammenzusetzen, eine Gruppe zu bilden und einen Plan zu erstellen, wie ihr gegen ihn und die sexistischen Strukturen der Schule vorgeht. Ihr könnt z.B. mit Wandplakaten darüber aufklären oder Forderungen an die Schulleitung stellen. Für die könnt ihr dann Unterstützung in der gesamten Schüler:innenschaft sammeln, indem ihr

Banner aufhängt oder Unterschriften sammelt. Am besten findet ihr einen Weg, wie ihr Treffen in oder bei der Schule machen könnt, an denen alle Schüler:innen, die wollen, teilnehmen können. Eine Möglichkeit ist, dass ihr ein Zusammenkommen in einer Pause in den Klassenchats ankündigt oder einen Flyer mit den Daten für eine Versammlung verteilt.

In diesen Zeiten wird das Erkämpfen von Forderungen immer schwieriger, aber auch immer dringender! Durch die Krise steigt sexualisierte Gewalt immer weiter an, während Frauen- und TINA* Häusern und Schutzräumen die Gelder gestrichen werden. Wir müssen uns zusammenschließen gegen die Kürzungen und stattdessen einen Ausbau von Strukturen gegen sexualisierte Gewalt erkämpfen. Dazu braucht es Nachbarschaftskomitees, welche helfen Frauen und Queers, die von Gewalt betroffen sind, aus der Isolierung zu holen und gleichzeitig eine Struktur darstellen, welche unseren Widerstand koordinieren.

Wenn wir diesen breit aufbauen und koordinieren, können wir eine Bewegung voranbringen, welche konsequent gegen die Gewalt, welche dieses System hervorbringt, vorgeht und letztendlich dieses angreift und überwinden kann! Lasst uns den Kampf aufnehmen!

Wo bleibt die breite antirassistische Bewegung?

von Robin Ziervena, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 7 Minuten Lesezeit

2026 – Die Lage ist düster

Wenn man sich heute umschaut, grinst einem überall dass hässliche Gesicht des Rassismus entgegen. Dass die AfD in Umfragen und in manchen

Landtagswahlen stärkste Kraft ist, mag das offensichtlichste und für manche das beängstigendste Signal sein, dass der Rassismus in Deutschland einen neuen Aufschwung genießt. Aber die AfD ist in vielerlei Hinsicht das Symptom einer langen Entwicklung, gerade POC und migrantische Personen spüren diese Angst schon lange und beobachten un-überrascht wie sie immer mehr zum populären Sündenbock werden. Bekannterweise hat Deutschland schon immer ein Rassismusproblem gehabt, und als Nationalstaat kann es das auch niemals überwinden. Und doch fragt man sich, wo bleibt die breite Antirassistische Bewegung? Wo sind die Tausenden die Anfang 2024 auf die Straße gingen als Correctiv den großen Remigrations-Skandal aufdeckte? So schnell wie sie sich versammelt hatten, schienen sie auch schon wieder zerstreut zu sein.

Ein kleiner Ausblick

Unter Videos von Schulblockaden in Frankreich sieht man regelmäßig Kommentare, die vielen der Jugendlichen absprechen wirklich „französisch“ zu sein. Der Grund: Viele der demonstrierenden Schüler:innen sind nicht weiß und passen somit nicht in die rassistische Vorstellung davon, wie Franzosen und Französinnen aussehen sollten. Die französische Regierung muss die Proteste und Streiks nicht mal selber diskreditieren; Irgendwelche rassistischen Social-Media-Nutzer:Innen machen das schon für sie – ganz umsonst! Der Rassismus ist so antrainiert dass er zum Reflex geworden ist. Anstatt die Forderungen der Jugendlichen zu betrachten und zu erkennen, dass die meisten von uns die gleichen ökonomischen Probleme und Zukunftsängste haben, rümpfen sie die Nase und bleiben in ihrer Abhebung gelähmt.

Und manchmal schlägt die Untätigkeit doch in Handlung um, nicht in Form von Widerstand gegen die Regierung oder die herrschende Klasse, sondern in Form von Gewalt gegen jene rassistisch unterdrückten Mitmenschen. Ein Emmanuel Macron kann die Schüsse in Trappes als den rassistischen Terroranschlag bezeichnen, der sie sind, aber das hält ihn nicht davon ab das Tragen von Abayas in Schulen zu verbieten oder ehemalige französische Kolonien in Afrika zu ermahnen, sie sollten dankbar sein für französische

Militäreinsätze auf ihrem Boden, sie wären sonst heute keine souveränen Nationen. Die französische Jugend durchschaut Macrons leere Gesten und sieht seinen offenen Rassismus.

Aber zurück zu Deutschland. Friedrich Merz ist beim durchschnittlichen Deutschen nicht hauptsächlich wegen seiner rassistischen Politik unbeliebt, es liegt mehr an der ökonomischen Krise die er nicht beheben kann, bzw. Auf dem Rücken der Arbeiter:Innenklasse verwaltet. Die weiße deutsche Mehrheit ist rassistisch genug, dass ihnen egal ist, welche Folgen die Politik der Regierenden für ihre migrantischen Mitmenschen hat. Und die Folgen sind vielfältig: Fast täglich wird auf unseren Straßen die palästinensische Diaspora verprügelt von der Polizei, täglich bangen Familien darum, wie bald sie abgeschoben werden. Wir müssen beobachten, wie sich sogenannte linke Parteien unterwerfen und die rassistische Hetze gegen ihre eigenen Genoss:innen legitimiere, befeuern, oder mittragen. Die Schikane in den Schulen war schon immer unerträglich, egal wie oft sie sich als Institution „mit Courage“ und „ohne Rassismus“ auszeichnen lassen. In München möchte die „Exzellenz-Universität“ LMU nun auch massive Studiengebühren für Studierende von außerhalb der EU erheben.

Die Liste ist unendlich, aber die drei größten Brandherde sind der stetigen Aufstieg der AfD, die militärische Genozid-Unterstützung gekoppelt mit Kriegstreiberei der „Zeitenwende“, sowie die fortschreitende Abschottung im Rahmen der GEAS-Reform. Alle drei hängen zusammen. Der Kampf gegen Zionismus und eine wachsende Antikriegsbewegung haben sich in den letzten Monaten immer wieder die Straßen genommen. Ablehnung gegenüber der AfD ist zwar gesellschaftlich verbreitet aber trotzdem ist der Widerstand gelähmt. Die Bewegung gegen die verschärfte Abschiebepolitik existiert fast nicht, bzw. Wird es nicht geschafft diese Frage mit anderen Bewegung wie die gegen Genozid Unterstützung und Militarisierung konsequent zu verbinden.

Wir verweisen wieder auf Januar 2024 und die Zahnlosigkeit der Bewegung nach den Corrective Recherchen; Warum sorgte das Wort Remigration für so einen breiten gesellschaftlichen Aufschrei, die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, letztlich die praktische Umsetzung davon, aber

nicht? „Alice Weidel isst heimlich Döner“ oder so. Es beschleicht einen die Vermutung, dass „Anti-Rassismus“ für viele deutsche hauptsächlich als Gelegenheit der Selbstinszenierung wahrgenommen wird. Deutschland hätte gerne weiterhin ihre Gastarbeiter:innen, die weniger Lohn, weniger Raum und weniger Respekt verdienen und am besten unsichtbar sind. „Remigration betrifft auch gut integrierte Geflüchtete!“ – Deutschland schiebt auch jetzt schon reihenweise Menschen ab die die Sprache gelernt haben, die arbeiten und Steuern zahlen; ob man nun von Remigration oder Abschiebung spricht ist zunehmend arbiträr. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass wir die rassistischen Narrative von „gut, oder schlecht integrierten“ Migrant:Innen grundlegend ablehnen sollten, so oder so müssen wir gegen jede Abschiebung und für volle Staatsbürger:Innenrechte für alle hier Lebenden kämpfen!

„Die AfD will durch Remigration auch Menschen mit Staatsbürgerschaft abschieben“ Die Regierungen der sogenannten demokratischen Parteien machen die Vorarbeit für die Remigration, sie nennen es einfach „im großen Stil abschieben“. Dafür dass einem staatenlosen Palästinenser die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden kann, herrscht seit Mai 2026 ein Präzedenzfall: Abdallah A., der nahezu sein ganzes Leben in Deutschland verbracht hat. Die Meinungsfreiheit gilt nur solange bis die deutsche Staatsräson in Frage gestellt wird, solidarisiert man sich mit dem palästinensischen Widerstand kann man seit diesem Jahr mit der Staatsbürgerschaft bezahlen. Aus der breiten Bevölkerung kommt keine Reaktion. GEAS führt nun dazu das Abschiebung leichter wird und dass die Einreise so weit wie möglich erschwert werden soll. Die Ausbleibende Bewegung gegen diese Abschiebepolitik liegt auch in der eklatanten politischen Schwäche der vergangenen existierten Bewegungen.

Die GEAS-Reform und der Kampf dagegen

Als erstes ist notwendig festzuhalten, dass die Lage für Geflüchtete bereits vor der GEAS-Reform 2024 katastrophal war. Als Revolutionär:Innen müssen wir gegen jede Abschiebung kämpfen. Umso erschreckender ist die Tatsache, dass Widerstand gegen die Festung Europa damals wie heute keine

Massenbasis hat. Keiner schaut heute nach Ceuta, oder Melilla, genauso wie Moria schon lange vergessen ist.

Die GEAS-Reform ist der neue Gipfel der Entmenschlichung und rassistischen Abschottung. Seit Juni 2026 ist sie in Kraft, für den Großteil der Bevölkerung unbemerkt. Für die Betroffenen hat der Horror kein Ende. Asylanträge werden im Schnelldurchlauf geprüft (und abgelehnt), rechtliche Unterstützung wird geschwächt. Die freie Bewegung von Asylsuchenden wird weiter eingeschränkt bis hin zur Asylverfahrenshaft, mehr Geflüchtete werden an EU-Außengrenzen konzentriert. Die Reform ist absichtlich lang, undurchsichtig und spielt keine Rolle im breiten Diskurs.

Es wird sich zwar punktuell gewehrt und solidarisiert, beispielsweise wird am Münchner Flughafen gegen das neue Abschiebe Terminal demonstriert. Doch nur eine breite Bewegung kann sich den EU Bestrebungen widersetzen und Migrant:Innen schützen. Wenn die Zehntausenden die 2024 auf der Straße standen organisiert wären, und konsequent gegen Rassimus und Abschiebung kämpfen würden wären wir jetzt in einer ganz anderen Situation. Am längsten Hebel sitzen – oder aktuell schlafen – die Gewerkschaften, die sich auf den Konkurrenzkampf zwischen migrantischen Arbeiter:innen und Arbeiter:innen mit deutscher Staatsbürger:innenschaft einlassen, anstatt gemeinsam gegen die rassistischen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen, werden zu oft Migrant:innen für die allgemeine Lohndrückerei Verantwortlich gemacht. Eigentlich ein Verrat an den eigenen Klassengeschwister.

Dabei könnten die Gewerkschaften durch politischen Streik allgemeine Verbesserungen erkämpfen. Sie müssten sich außerdem dem Kampf gegen Abschiebungen anschließen. Die neue Antikriegsbewegung, die Schulstreiks gegen Wehrpflicht müssen die Zusammenhänge zwischen Rassistischer Abschottung und Kriegsvorbereitung gegen „die anderen“ erkennen und das Narrativ der „Gefahr von Außen“ ablehnen. Nur der Kampf als Klasse bietet eine wahre Perspektive. Dafür müssen POC, Geflüchtete, Migrant:innen willkommen sein in der Antikriegsbewegung und im Klassenkampf. Nur durch konsequente Antirassistische Kampagnen, innerhalb der Organistationen der Arbeiter:Innenklasse und Gewerkschaften und auf der

Straße, in den Betrieben, Schulen, Universitäten, haben wir eine Chance der Krise souverän entgegenzutreten.

Eine neue Welle von anti-slavischen Rassismus entsteht seit dem Beginn des Ukrainekriegs. Sowohl gegen ukrainische Geflüchtete, die lange als weniger fremd wahrgenommen wurden als nicht-weiße Geflüchtete, als auch gegen Russ:innen wächst ein breites Misstrauen, ein Gefühl von „Anders-sein“, oder „ein anderes Verhältnis zu Gewalt haben“ dass für einen zukünftigen deutschen Krieg perfekte Voraussetzungen liefert. Flucht ist ein Phänomen dass immer existiert hat, und immer existieren wird, solange es Imperialistische Staatenkonkurrenz und Kriege gibt. Die international vernetzten Rechten wissen das genau, besser als die meisten. Ihnen geht es darum wer Recht auf Würde und Recht auf Leben hat, und wer nicht. Die Vorbereitung für die Abschottung läuft schon lange. Während wir von Sozialismus oder Barbarei sprechen versuchen die Rechten kleine Inseln der Abschottung zu errichten; Sicherheit für mich, Barbarei für alle anderen. Dabei geht es in erster Linie einen besonders ausbeutbaren, besonders entrechtenden Teil der Arbeiter:Innenklasse zu schaffen. Wir dürfen uns der Lähmung des Rassismus nicht unterwerfen und wir dürfen unsere rassistisch unterdrückten Genossinnen nicht in Stich lassen, wir haben keine Zeit zu verlieren.

Grundlagen des Marxismus: Der revolutionäre Internationalismus auf fünf Ebenen!

von Simon Says, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 6 Minuten Lesezeit

1. Der Kapitalismus ist ein Weltsystem

Spätestens ab dem Ende das 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts ist es klar, der Kapitalismus ist in seinem höchstem Stadium, dem Imperialismus angekommen. Markt, Finanzen, Logistik und Produktion sind weltweit verflochten. Die Welt ist vollständig unter Imperialistischen Mächten aufgeteilt, welche die übrigen Staaten sog. Halbkolonien (Staaten, welche zwar formale politische Freiheit haben, aber ökonomisch und politisch weiterhin abhängig sind) dominieren.

Kapitalistische Staaten, allen voran die Imperialistischen Mächte, konkurrieren dabei um Einflusssphären, Handelsrouten und Arbeitskräfte, letztlich wer wen wie ausbeuten darf, diese Spannungen entladen sich regelmäßig in katastrophaler Weise durch Kriege, etwa die beiden Weltkriege, oder auch aktuell der Krieg um die Ukraine.

Die Ursachen von Krise, Krieg, Unterdrückung und Armut sind unbestreitbar global, also kann eine revolutionäre Antwort, im nationalen Rahmen, in einem Staat niemals genügen.

2. Permanente Revolution

Aus der Analyse folgt eine Frage: Wie kann eine Revolution aussehen, wenn die Welt ein System ist und sie international sein muss? Darauf gab u.a. Trotzki eine Antwort in drei Teilen.

I. **Zusammenwachsen der Aufgaben in unterentwickelten**
   Die Frage um Demokratie, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und eigenständiger Entwicklung kann die Kapitalistenklasse dort nicht mehr lösen. Entweder ist sie schlicht zu schwach sich gegen die Imperialisten durchzusetzen oder wurde bereits zu ihren Verbündeten. Diese Aufgabe können bloß noch die Arbeiter:innen lösen, meist gestützt auf die oft noch sehr große Bauernschaft. Doch wenn sie dort stehen bleibt werden sie perspektivisch dahin zurückfallen wo sie davor schon standen und ihre Chance auf eine sozialistische Revolution verspielen. Diese kann bloß im selben Zuge geschehen.
II. **Es gibt kein Sozialismus in einem Land**

Ein sozialistischer Staat bleibt abhängig vom kapitalistischen Weltmarkt und unter Druck von imperialistischen Mächten. Selbstständig zum Sozialismus zu kommen ist so gut wie unmöglich. Wenn die Konterrevolution nicht früher oder später siegen soll ist es nicht anders möglich als die Revolution international auszuweiten. Sozialismus in einem Land ist unmöglich.

III. **Weltrevolution ist ein Prozess**
Niemand sagt, dass das auf einen Tag geschieht oder eine Zwangsläufigkeit. Es ist ein Prozess mit Erfolgen und Rückschlägen, indem die nationalen Kämpfe aufeinander wirken. Er muss auch bewusst als eine Strategie einer kommunistischen Internationale vorangetrieben werden, damit die Revolution nicht mit dem alleinigen Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ aufhört.

3. Internationales Übergangsprogramm

Wenn die Revolution international ist, braucht es auch ein Programm, vom Internationalen Standpunkt. Es braucht eine gemeinsame Analyse der Weltlage, auf deren Basis sich eine internationale langfristige Strategie verfolgen lässt. Die Konkrete Anwendung in den einzelnen Ländern können dann in jeweiligen spezifizierten Aktionsprogrammen ausgearbeitet werden, müssen aber immer vom Standpunkt der Internationalen Arbeiter:Innenklasse ausgehen und ihr Interesse an oberste Stelle stellen.
Wir als REVOLUTION sind überzeugt von Übergangsforderungen als Methode als Basis. Anstatt bloß Minimalforderungen (einfache Reformen) und Maximalforderungen (am Ende brauchts dann doch die Revolution) schlagen wir eine Brücke von Forderungen vor: Sie knüpfen an aktuellen Fragen und Kämpfen an, haben aber das Ziel durch den gemeinsamen Kampf das Bewusstsein der kämpfenden, etwa in gemeinsamen Bewegungen, zu heben und eine Brücke hin zur Machtfrage schlagen.

4. Die Internationale

Dieses internationale Programm braucht natürlich auch einen Träger. Jemand, der/die es aufstellt, durchsetzt und immerzu auf seine Richtigkeit überprüft. Nationale Parteien, oder Organisationen haben unvermeidlich nur ihre eigene, lokal begrenzte Erfahrung und neigen zu Einseitigkeit und zu starke Anpassung an die lokalen Begebenheiten. Die Internationale muss

über den nationalen Sektionen stehen, ihr Aufbau muss langfristig immer das oberste Ziel sein. Es sollte ein internationaler demokratischer Zentralismus herrschen, also maximale Demokratie nach Innen, aber auch maximale Geschlossenheit nach Außen und in der Aktion. Eine reine lose Zusammenarbeit der einzelnen Sektionen wäre ungenügend um eine gemeinsame internationale Strategie geschlossen umzusetzen und sich nicht in scheinbaren Prioritäten in einzelnen Ländern zu verrennen oder sogar widersprüchlich zu handeln. Für den Aufbau einer solchen Internationalen sind wir Teil der Internatioanalen Sozialistischen Liga (ISL) welche sich selbst als Liga für den Aufbau einer solchen, neuen Internationale, und als Umgruppierungsprojekt zur gemeinsamen Schaffung davon sieht.

5. Die Konsequenzen im Handeln

Aus internationalistischer Perspektive aus Analyse, Strategie, Programm und Organisation leitet sich auch immer das Handeln im hier und jetzt ab. Jetzt ein paar Beispiele:

I. **Kriegstaktiken bei verschiedenen Kriegentwickelten**
   a) Z*wischen imperialistischen Mächten:* Revolutionär:innen nehmen einen defätistischen Standpunkt ein. Also sie versuchen auf Beiden Seiten gegen den Kriegskurs zu arbeiten und den Krieg in einen Bürgerkrieg gegen den „eigenen“ Staat umzuwandeln, hin zu einer Revolution. Beispiel: Deutschland gegen Russland im ersten Weltkrieg, die Kommunist:Innen die später die KPD und die dritte Internationale gründen sollten waren gegen die Kriegskredite und für die Niederlage des deutschen Imperialismus.
   b) *Imperialismus gegen Halbkolonie:* Defätismus gegenüber dem Imperialismus und Verteidigung der Halbkolonie. Das Ziel muss die Niederlage des Imperialismus sein, jedoch ohne seine Eigenständigkeit als Kommunist:innen komplett aufzugeben gegenüber der halbkolonialen Kapitalistenklasse. Beispiel: Angriffe der USA auf Venezuela. Hier kämpft unsere US-Amerikanische Sekiton in den USA für die Niederlage des US-Imperialismus, während unsere venezolanische Sektion Marea Socialista für die Verteidigung Venezuela’s gegen die Imperialistischen Aggressionen agieren und gleichzeitig einen politischen Kampf gegen die venezolanische Regierung führen.
   c) *Zwischen Halbkolonien:* Revolutionärer defätismus, außer ein Land handelt

als Agent des Imperialismus oder verletzt die Selbstbestimmung eines anderen. So etwa beim Krieg zwischen Afghanistan und Pakistan, hier treten unsere Pakistanischen Sektionen the Struggle und Revolutionary Socialist Movement für die Niederlage des Pakistanischen Staates ein, hätten wir Genoss:Innen in Afghanistan würden sie gleichzeitg für die Niederlage des Afghanischen Staates kämpfen.

II. **Nationale Frage**
Das Recht auf nationaler Selbstbestimmung ist für uns ein grundlegendes Demokratisches Recht, wo immer dieses Recht durch eine Nation der anderen verwährt wird, ist es nahezu unmöglich, dass beide nationale Arbeiter:Innenklassen unabhängig davon gemeinsam für ihre Befreiung kämpfen. Das Selbstbestimmungsrecht gilt, bis zur Abtrennung, und Befreiungskämpfe sind erst einmal zu Unterstützen solange die Mehrheit der Bevölkerung dies tut, egal wer sie im Moment anführt. Wichtig ist die Gleichzeitigkeit: bedingungslose, aber kritische Unterstützung bei politischer Unabhängigkeit der Arbeiter:innenklasse (Die antiimperialistische Einheitsfront „getrennt marschieren, vereint schlagen"). Natürlich ist es dabei das Ziel von Sozialist:Innen eine Welt zu schaffen in welcher es keine Nationalstaaten gibt, diese Taktik sehen wir aber als ein Notwendiger Schritt an um Nationalchauvinismus und nationale Unterdrückung zu bekämpfen

III. **Migration und Rassismus**
Spaltung der Klasse nach Herkunft ist ein Mittel zur Untergrabung der Klasseneinheit. Sprich: Klasseneinheit ist nur mit konsequentem Internationalismus erreichbar, im Kampf gegen alle nationalen Privililegien, nationaler Unterdrückung und jedem Auswuchs des Rassismus. Dabei darf auch auf keinen Fall das Kämpfen gegen den Rassismus den auch Revolutionär:innen in sich tragen vernachlässigt werden.

In diesem Sinne: Proletarier:innen aller Länder vereinigt euch!

REVO vor Ort: Schulstreik gegen

das Kopftuchverbot

von REVO Österreich, aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 4 Minuten Lesezeit

Am 9.10. um 12 Uhr startete der Schulstreik gegen das rassistische Kopftuchverbot.

Bericht der Gartenbauschule: Als wir aus der Schule gingen, wurden wir von Schüler*innen der Bergheidengasse mit einem Banner und Sprüchen in Empfang genommen. Gemeinsam mit der Bergheidengasse, der Graphischen und mittlerweile auch der Schmelz bilden wir die Streikvernetzung Wien West, weshalb wir einen gemeinsamen Block auf der Demo stellen wollten. Wir fuhren gemeinsam in einer Gruppe aus 20-25 Personen zum Platz der Menschenrechte, wobei wir den Weg von der U-Bahn-Station Volkstheater bis zum Treffpunkt zu Fuß gingen und das gemeinsame Banner trugen. Trotz des verhältnismäßig kurzen Weges wurden wir von einigen Passant*innen auf unser Ziel angesprochen. Während der Strecke machten wir unsere Solidarität durch einige prägnante Sprüche klar.

Auch die Rede unseres Revo-Genossen machte darauf aufmerksam, wie heuchlerisch, sexistisch und rassistisch das Kopftuchverbot ist, das sich nur gegen muslimische Mädchen richtet, die ohnehin schon vom Staat unterdrückt werden. Es ist ungerecht, dass diese Gesetze über die Köpfe von jungen Mädchen hinweg beschlossen werden – Kinderschutz schaut anders aus. Kinderschutz sollte demokratisch sein; offensichtlich wurde mit kaum einem Mädchen unter 14 gesprochen, das ein Kopftuch tragen möchte.

Es gab einige Zubringerdemos, die sich vor Schulen gesammelt hatten. Von den Hegelgassen gingen ca. 60 Leute mit zum Streik, von der Gartenbauschule 10 Schüler*innen. Auch viele, die nicht da waren, sprachen sich solidarisch aus. Die Bildungsdirektion veröffentlichte im Vorhinein einen Brief, der junge Menschen einschüchtern sollte. Sie nannten den Streik explizit als keinen legitimen Grund, um den Unterricht zu verpassen. Obwohl im Schulunterrichtsgesetz eigentlich geregelt ist, dass für Schüler*innen

Fehlstunden aus persönlichen Gründen zu entschuldigen sind, stellten sich die Autoritäten dagegen. Der Direktor der Graphischen schrieb beispielsweise am Streiktag in einer E-Mail, der Schulstreik sei illegal und irrelevant für die Graphische, da das Kopftuchverbot die Schüler*innen der Oberstufe nicht betreffe.

Andere Schulen, wie das Gymnasium am Henriettenplatz, nahmen dies als Anlass, um Türen zu blockieren und Schüler*innen in den Schulen einzusperren, was einer Freiheitsberaubung gleichkommt und sicher nicht rechtens ist. Zeitgleich wird immer wieder betont, wie wichtig Kinderrechte sind – aber offensichtlich nur, bis es um Versammlungsfreiheit und das Recht auf politische Mitsprache geht.

Auf der Demo selbst sammelten sich um die 3000 Leute, die allermeisten davon Schüler*innen. Auch solidarische Lehrer*innen waren dabei, die im Rahmen von Schule Brennt und der Initiative „Gemeinsam gegen das Kopftuchverbot“ auch unter Lehrer*innen mobilisiert haben und sich für die Nichtbeachtung des rassistischen und sexistischen Kopftuchverbots einsetzen.

Die kurze Demoroute durch die Innenstadt war laut und kämpferisch.

Am spannendsten waren die Reden von 12- bis 15-Jährigen, die aus eigener Erfahrung gesprochen haben – es ist ihre Entscheidung, was sie tragen wollen. Religionsfreiheit ist jungen Menschen ein großes Anliegen und der Staat hat offensichtlich kein Interesse daran, Minderheitsrechte zu schützen. Gegen die Unterdrückung muslimischer Mädchen innerhalb der Familie müssen sichere Strukturen an der Schule geschaffen werden, in denen sich Schüler*innen an Lehrkräfte wenden können, anstatt Lehrer*innen zu Polizist*innen werden zu lassen.

Wir haben in Frankreich und Deutschland gesehen, was Schulstreiks bewirken können. In Frankreich wurden erste Forderungen der Protestierenden angenommen, während in Deutschland immer mehr Menschen auf die Straße gehen und sich gegen die immer stärker werdende

Militarisierung organisieren. So wie in Deutschland organisieren wir uns auch hier – einige Schulen haben bereits damit angefangen, Schulgruppen zu gründen.

Realistisch gesehen wird ein einziger Streik nicht reichen, um das Gesetz rückgängig zu machen. Unsere Schulstreikbewegung bedeutet Klassenkampf. Wir müssen Seite an Seite mit Arbeiter*innen und Studierenden kämpfen, um gemeinsam das kapitalistische System zu überwinden. Zusammen gegen das Kopftuchverbot an Schulen, gegen die Partnerschaft der Universität Wien mit der Hebrew University in Jerusalem und gegen die rassistische Politik. Geschlossen gegen jeden Rassismus und Genozid!

Wir brauchen organisierte Schulgruppen, die täglich politische Arbeit machen. Wir müssen uns zusammenschließen, um den rassistischen Angriffen der Regierung und der Bildungsdirektion die Stirn zu bieten. Wir müssen uns durch demokratisch gewählte Gremien in Wien vernetzen, um weitere lokale und nationale Aktionen zu planen. Die Jugend ist immer der radikalste Teil einer Gesellschaft, also lasst uns das auch zum Ausdruck bringen! Lasst uns so viele Aktionen machen, dass wir die Bildungsdirektion wegen unserer Beschwerden ins Burnout schicken. Geben wir uns selbst eine Stimme, wenn das schon die dafür vorgesehenen Strukturen wie das Schüler*innenparlament nicht schaffen. Wenn wir erkennen, was wir für eine Macht haben, stehen uns die Wege offen, ein solidarisches und demokratisches Schulsystem zu erkämpfen. Ein Schulsystem, in dem Schüler*innen und Lehrer*innen zusammen entscheiden, was sie lernen wollen und was ihnen tatsächlich etwas für die Zukunft bringt. Ein Schulsystem, in dem nicht nur Studierende an den Unis ein Recht auf eine Vollversammlung haben, sondern auch wir als Schüler*innen. Wo wir selbst entscheiden können, in welcher Welt wir leben wollen.

Bericht vom GenZ-Café der FU Berlin und warum selbstverwaltete Räume so wichtig sind!

von tacco Blumkohl, November 2026, 5 Minuten Lesezeit

An der Freien Universität Berlin kam es im Rahmen der GenZ-Bewegung zu vielen Blockaden, Besetzungen und anderen Aktionen. Organisiert von Generalversammlungen und weiteren Treffen wird für den internationalen Jugendstreik am 20.11. und für eine Vollversammlung von Studierenden und Beschäftigten vorher am 19.11. mobilisiert. Dies reite sich ein in unzählige Uni- und Schulblockaden in den letzten Wochen in ganz Deutschland! Die Jugend hier zu Lande folgte dem Aufruf der Französischen, Spanischen und italienischen Jugend und Arbeiter:innenklasse die vor uns den Großteil ihrer Schulen und Hochschulen blockierten und den Generalstreik ausreifen! An der FU führen wir denselben Kampf wie dort und wählen deshalb auch dieselben Mittel. Während die Unileitung die Bewegung klein halten wollte, dadurch dass sie z.B. Veranstaltungen verschoben, die in Räumen neben Besetzung stattfanden, haben sich Studierende das nicht gefallen lassen. In dem Foyer vor der Mensa 2 wurde sich selbstbestimmt ein Raum für die Bewegung genommen. Es fing an mit einem Transpi, Plakaten und einen Infotisch. Als immer mehr Tische, Stuhle und Sofas dazu kamen, wurde der Ort ein Treffpunkt für die Bewegung. So wurde das GenZ-Café gegründet. Es gibt der Bewegung eine dauerhafte Präsenz auf dem Campus und dient als Aufenthaltsort, aber auch für Plena und Planung von Aktionen. Dadurch das das GenZCafé direkt vor einer großen Mensa liegt bekommt die Bewegung mehr Aufmerksamkeit und bleibt ansprechbar für andere Studierende. Mittlerweile wurde eine Bastelecke eingerichtet und Pinnwände mit einem Kalender, der das Programm und wichtige Aktionen zeigt, wurden aufgestellt, aber auch ein Platz, um Wünsche, Ideen und Feedback an die Bewegung zu tragen. Das GenZ-Café ist also ein kleiner Raum an der Uni

unter Selbstverwaltung der Studierenden!

Zustand unserer Schulen und Unis

Die Freie Universität Berlin, wie aber auch andere Unis, Schulen und Berufsschulen sind Orte an denen wir uns als Jugend regelmäßig aufhalten. Vor allem in Schulen tut man dies auch oft unfreiwillig und die Schule ist generell für viele Jugendliche und Kinder ein Ort, an dem man sich unwohl fühlt. Leistungsdruck, große Hierarchien, Mobbing, marode Gebäude und viele weitere unangenehme Dinge prägen den Schulalltag. Aber auch an den Unis sieht es nicht besser aus. Die massiven Sozialkürzungen führen dazu, dass Gebäude geschlossen werden, weil kein Geld zur Sanierung da ist, aber auch sexuelle Übergriffe und deren fehlende Aufarbeitung wie der Fall von Jane Doe zeigen, dass die Uni kein sicherer Ort für uns ist. Fakt ist diese Bildungseinrichtungen sind für uns prinzipiell keine Orte, an denen man sich gerne aufhält. Ausnahmen sind oft selbstverwaltete Cafés, deren Räume sich schon erkämpft worden oder andere Aufenthaltsräume.

Systematik der kapitalistischen Bildung

Diese Faktoren sind nicht Zufälle, sondern haben ein System. Bildung im Kapitalismus soll uns auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, weshalb Leistungsdruck und Konkurrenzdenken Teil der Schule sind. Sie soll uns schon früh bereit machen für das Leben in der Lohnarbeit und uns die Ideologie der kapitalistische Leistungsgesellschaft und der Normalität von Wettbewerb als Antrieb der Gesellschaft beibringen. Diese Rolle im gesellschaftlichen System macht die Schule und die Uni zu einem politischen Ort, bei dem jedoch nicht um freie Entfaltung, Mitbestimmung und Selbstorganisierung geht, sondern um die Legitimation kapitalistischer Herrschaft. Dagegen müssen wir uns wehren und genau diese Orte als Schüler:innen und Studierende einfordern. Und zwar unter unseren Vorstellungen. Im Unterricht wollen wir nicht weiterhin Dinge wie die ideologische Rechtfertigung für den Genozid in Palästina von klar zionistischen Lehrkräften hören, sondern selbst entscheiden, wie und was wir lernen. Genauso wollen wir an der Uni nicht für die Kriegsinteressen der

Herrschenden forschen.

Gegen ihre Repressionen!

Doch dieses Einfordern zeigt uns jedoch, dass die staatliche Institutionen nicht auf unserer Seite sind. Anstatt mit unserer Jugendbewegung, Schüler:innen und Studierenden für ein besseres Bildungssystem zu kämpfen tragen Uni- und Schulleitung Sozialkürzungen und Militarisierung mit. Sie stehen als Vertreter des herrschenden Systems gegen unsere Interessen. So wurde zuletzt an der Uni Kassel die Zivilklausel abgeschafft, um nun dort militärisch zu forschen, entgegen der Urabstimmung der Studierenden. Aber auch Schulleitungen lassen Bundeswehrsoldaten in die Klassenräume, aber sorgen dann trotzdem für die „scheinbare politische Neutralität“ an Schulen, sobald es darum geht, wenn Schüler:innen beispielsweise zum Schulstreik mobilisieren. Wir können uns also nicht auf institutionelle Rahmen verlassen, denn auf Unileitungen, die die Bullen rufen, um Hörsaalbesetzungen zu räumen und Schulleitungen, die dasselbe tun bei Schulblockaden, können wir nicht vertrauen!

Freiräume erkämpfen!

In der Konsequenz bedeutet das also, dass wir uns als Bewegung selbst Räume nehmen müssen, um sowohl Uni als auch Schulen so zu gestalten, wie wir es uns vorstellen. Das kann dauerhaften Besetzungen von Klassen- und Seminarräume, bis sie uns, Schüler:innen und Studierenden, zur Verfügung gestellt werden, sein, aber auch erstmal eine Pinnwand im Foyer mit Plakaten, nächsten Treffen und Mobilisierungsmaterial. Wichtig ist sich als Komitee für die eigene politische Arbeit Platz zu nehmen, die die Schul- und Unileitung uns verweigern und solange mit Kundgebungen, Unterschriftenlisten und anderen Aktionen für diese Räume zu kämpfen. Diese Räume können dazu dienen Diskussionen zu führen, Aktionen zu planen oder einfach mal in den Pausen (oder wenn man mal kein Bock auf die Mathestunde hat) dort zu chillen. In Frankreich erzielten die Jugendlichen schon erste Erfolge (auch wenn noch lange ungenügend) und auch in Spanien, Italien, Albanien, uvm. kommen die Herrschenden und seien es nur

die Unileitung ins Wanken. Wir führen einen Kampf, den wir gewinnen können! Zuerst dafür, dass unsere Interessen Priorität bekommen und schlussendlich für eine Zukunft, über die wir entscheiden können. Schließt euch unserem Kampf an ob an der FU Berlin, an euren Schulen, Unis und Betrieben und am 20.11. auf dem internationalen Youthstrike!

Deshalb fordern wir:

Für selbstverwaltete Freiräume überall! Merz muss weg!

Für den Rücktritt der Regierung und das Ende der Kürzungspolitik!

Massive Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales, nehmt das Geld aus dem Militär und von den Reichen!

Stoppt ihre Kriegsvorbereitung! Gegen die Militärforschungen an unseren Unis! Bundeswehr und Jugendoffiziere raus aus unseren Schulen!

Es liegt nicht am Klima, sondern am Kapitalismus: Die Verweigerung der „Anpassung“ und der hohe Blutzoll, den die Arbeiter:innenklasse zahlt.

Anmerkung der Redaktion: Die großen Hitzewellen des Sommers in Europa sind zwar vorbei, doch Ihre Effekte wirken nach: tausende Todesfälle, unerträgliche Zustände in Arbeit, Uni und Schulen und die erneute Gewissheit, dass „unsere“ Regierungen sich einen Scheiß um uns und unser

Wohlergehen kümmern, selbst wenn die Welt buchstäblich brennt. Dazu noch die Perspektive, dass dieser Hitzesommer vielleicht einer der kälteren unseres Zukünftigen Lebens sein dürfte und weiter und weiter unsere Lebensgrundlagen Weltweit vom kapitalistischen Profitstreben bedroht sind. Deshalb veröffentlichen wir hier den Artikel einer Französischen Genossin unserer Internationalen Strömung, der ISL, welche die Lage der Hitzewelle diesen Sommer in Frankreich beschreibt und eine Perspektive aufwirft wie wir uns als Jugend und Arbeiter:Innenklasse gegen diesen Angriff auf unser aller Lebensgrundlage wehren können.

Von Tamara Madrid (ISL Frankreich)

Das politische Barometer Europas zeigt erneut Werte, die an Barbarei grenzen. Nach wochenlanger Hitzewelle, die Frankreich und Europa in einen nahezu unbewohnbaren Ort verwandelt hat, bröckelt die offizielle Erzählung vom „grünen" Kapitalismus und der technokratischen Regierungsführung angesichts der harten Realität. Die Veröffentlichung des offiziellen Berichts von *„Santé publique France"* am 3. Juli 2026 offenbart ein Szenario eines nicht erklärten sozialen Krieges: In der kritischen Woche vom 22. Juni stiegen die Todesfälle landesweit um 29,1 %, was 2.025 zusätzlichen Todesfällen in nur sieben Tagen entspricht. In der Region Île-de-France (Paris und Umgebung) ist diese Zahl ein deutliches Zeichen für den Zusammenbruch: Die Zahl der Todesfälle schoss um 62,8 % in die Höhe.

Während der Rettungsdienst SAMU von tödlichen Herzstillständen berichtete, bei denen die Körpertemperatur der Opfer unglaubliche fast 44 °C erreichte, veröffentlichte Präsident Emmanuel Macron auf seinem X-Account ein Beispiel für unglaublichen institutionellen Zynismus: *„Face à la canicule, veillons les uns sur les autres"* („Angesichts der Hitzewelle lasst uns aufeinander achten"), gefolgt von kindischen Ratschlägen wie „Trinkt Wasser" oder „sucht euch Abkühlung".

Diese Inszenierung ist nicht bloß eine Unterlassung. Wie Romaric Godin (2026) argumentiert, zielt die Herangehensweise des bürgerlichen Staates an den ökologischen Kollaps darauf ab, die Ursachen zu isolieren, die Schuld auf Einzelpersonen abzuwälzen und eine strukturelle Krise der kapitalistischen

Gesellschaftsordnung in eine Frage der individuellen Moral oder bloßer technischer Widerstandsfähigkeit zu verwandeln. Doch der Klimawandel ist längst kein Smalltalk Thema mehr in Aufzügen von irgendwelchen Firmen; er ist ein Kampf um Leben und Tod, um die Kontrolle über unser Leben.

Die Falle der „Anpassenden Leugnung“

Die historische Hitzewelle von 2026 – die laut Météo-France die Katastrophe von 2003 sowohl in ihrer Intensität als auch in ihrer Geschwindigkeit übertraf – hat in eine neue ideologische Phase des Kapitalismus geführt: *die adaptive Leugnung*. Niemand scheint mehr zu leugnen, dass der Planet brennt. Politische Meinungsverschiedenheiten drehen sich zunehmend um die Ursachen, den Grad der Dringlichkeit und die notwendigen Maßnahmen – und in diesem Sinne um die Möglichkeit, die globale Erwärmung aufzuhalten. Im Allgemeinen läuft die Debatte in Fernseh-Talkshows auf eine technische, marktbasierte Lösung hinaus, wie etwa die unregulierte Verbreitung von Klimaanlagen und die Installation von Ventilatoren.

Diese Sichtweise nährt die gefährliche Illusion, dass Kapitalist:innen unter extremen ökologischen Bedingungen weiterhin produzieren und Gewinne anhäufen können. Es handelt sich um eine Art programmierten Defätismus. Die Anpassung als zentralen Schwerpunkt zu betrachten, anstatt sie als nachträglichen Notbehelf zu behandeln, läuft auf eine Kapitulation vor dem ökologischen Kollaps hinaus, die die einzig dringende Diskussion vom Tisch wischt: die Eindämmung der durch die kapitalistische Produktionsweise verursachten beschleunigten Zerstörung.

Die Heuchelei ist total. Während die Regierung vorgetäuschte Sorge zeigt, indem sie nach und nach 30.000 Notfall-Klimaanlagen für überlastete und schlecht ausgestattete Krankenhäuser anschafft, kürzt sie hinter den Kulissen den Haushalt. Mitten in einer Hitzewelle hat die Exekutive die GIP Epau aufgelöst, die öffentliche Einrichtung, die gemeinsam mit den Kommunen strategische Forschung zur Anpassung der städtischen Architektur an den Klimawandel finanzierte. Gleichzeitig kürzte sie mehr als ein Drittel *des „Fonds vert*“ (Grüner Fonds), des Instruments, mit dem Kommunen die Beseitigung von Bauwerken auf Brachflächen und die

Bepflanzung finanzierten. Beton hat Vorrang, weil er schnelle Grundsteuer- und Immobilienerträge generiert; lebendiger Boden, der die Temperatur reguliert, wird nicht an der Börse gehandelt.

Klassenbedingte Kriminalität: Arbeiter:innen haben keine Anlaufstelle

Diejenigen, die in französischen Wohnungen sterben, sind nicht die Führungskräfte der Pariser Börse, die von zu Hause aus in klimatisierten Büros arbeiten. Die Opfer der Hitzewelle sind Angehörige der Arbeiter:Innenklasse, erwerbstätige Arme, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Frauen in den Innenstädten und ethnische Minderheiten.

Der Bericht von *„Santé publique France“* liefert eine wichtige Statistik, die die Sprecher:Innen der Bourgeoisie herunterzuspielen versuchen: Die Zahl der Todesfälle zu Hause ist innerhalb einer Woche um atemberaubende 91 % in die Höhe geschossen. Dies verdeutlicht die Folgen der schrittweisen Kürzung der Mittel für das Gesundheitswesen, die zu begrenzten Krankenhauskapazitäten geführt hat, und legt die Wohnungskrise offen. Tausende von Arbeiter:Innenfamilien verbringen den Sommer in regelrechten *„passoires thermiques“* (Wohnungen, die aufgrund ihrer miserablen Isolierung wie Saunen wirken). In einer Einzimmerwohnung im Norden von Paris bei 40 °C im Schatten zu leben und dabei exorbitante Mieten an private Vermieter:innen zu zahlen, ist eine Form von sozialer Gewalt!

Doch am unerträglichsten kommt diese Barbarei am Arbeitsplatz zum Ausdruck. Während der ersten Hitzewelle im Mai kam in der Region Drôme ein junger Arbeiter, kaum 19 Jahre alt, durch einen schweren Hitzschlag (Hyperthermie) ums Leben, nachdem er seinen Arbeitstag auf einem Dach in direkter Sonneneinstrahlung verbracht hatte. Sein Boss hatte keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen. Im Bildungswesen stiegen die Temperaturen in den Klassenzimmern auf über 45 Grad; im Gastgewerbe (Bars, Restaurants usw.) waren die Maßnahmen minimal – wie zum Beispiel, den Beschäftigten

zu erlauben, auf ihre vollständige Uniform zu verzichten, um „kühler zu bleiben“; in Krankenhäusern waren die Beschäftigten ebenso überfordert wie in den kritischen Momenten der Pandemie; ganz zu schweigen von den prekärsten Branchen, wie zum Beispiel den Lieferdiensten und dem Baugewerbe, neben vielen anderen. Für Kapital und die Regierung sind wir Arbeiter:innen entbehrliche Produktionseinheiten. Das Gebot, die Gewinnmargen aufrechtzuerhalten, hat Vorrang vor dem grundlegendsten Recht der menschlichen Biologie: nicht innerlich zu kochen, während man seinen Lebensunterhalt verdient.

Unterdrückung und Kriminalisierung sind an der Tagesordnung

In dieser Situation geht die Regierung hart gegen diejenigen vor, die versuchen zu überleben, und kriminalisiert Menschen aus der Arbeiter:innenklasse. Im Arbeiter:innenviertel La Gauthière (Clermont-Ferrand) wurde im Rahmen einer Polizeiaktion das Gebiet abgesperrt, um die Entfernung eines Plastikpools zu erzwingen, den Jugendliche in einer Seitenstraße aufgestellt hatten, um die Kinder des Viertels abzukühlen. Ganz zu schweigen von der Absage der Pride, von „Ivry en Fête“ oder dem Alkoholverbot auf den Straßen während der „Fête de la Musique“ (man musste in einer Bar trinken, ohne Ausnahmen). Die Botschaft ist klar: Zwangsmaßnahmen gegen Einzelpersonen (Alkoholverbot, Verbot, auf die Straße zu gehen, Beschlagnahmung von privaten Pools in der Nachbarschaft) werden eingesetzt, um Armut zu kriminalisieren, während das Immobilienkapital das Viertel zerstört, Geschäftsinhaber Gewinne einstreichen und unser Recht auf Protest eingeschränkt wird. Aber wohlgemerkt: Jede:r muss zur Arbeit gehen.

Jedes Jahr fallen in Frankreich 20.000 Hektar Natur- und Waldflächen der Immobilienspekulation zum Opfer (das entspricht der doppelten Fläche von Paris). Dieser städtische Ökozid wird von der rechts- und rechtsextremen Lobby unter der Führung von Marine Le Pen gedeckt – die Hunderte von Gesetzesänderungen eingebracht hat, um die Ziele der „Netto-Null-Flächeninanspruchnahme“ (ZAN) zu blockieren –, unter der Komplizenschaft

und dem Rückzug von Macrons zentristischem Block. Sie betonieren die „Wärmeinseln“ zu, die heute als Todesfallen für Arbeiter:innengemeinden fungieren.

Für ein ökologisches-sozialistisches Programm um uns vor dem Hitze- Tot zu retten!

Es ist klar, dass wir von denen, die Teil des Problems sind, keine Lösungen erwarten können. Der Kampf gegen die Hitzewelle ist der Kampf darum, die Kontrolle über Fabriken, Städte und die Natur aus den Händen des kapitalistischen Marktes zu entreißen. Um auf die unmittelbare Krise zu reagieren und für die Zukunft zu planen, muss sich die Arbeiter:Innenklasse unter einem ökologisch-sozialistischen Programm, aus Übergangsforderungen organisieren:

1. Niemand sollte wegen der Hitze bei der Arbeit sterben! Arbeiter:Innenkontrolle über die Produktion: Wir fordern die verbindliche Einrichtung von Gesundheits- und Sicherheitsausschüssen an allen Arbeitsstätten, die verbindlich von den Arbeiter:innen selbst geleitet werden. Jede:r Arbeiter:In muss das gesetzliche Recht haben, die Produktion zu stoppen oder die Arbeit zu verweigern, wenn die Hitzebelastung sichere Grenzwerte überschreitet, ohne dass ihm/r dadurch Lohnausfälle entstehen. Garantierte Pflichtpausen, verkürzte Arbeitszeiten bei Alarmstufen „Orange“ und „Rot“ sowie uneingeschränkter Zugang zu Trinkwasser und Schatten.
2. Mietstreik gegen unzureichende Wohnverhältnisse: Sofortige Aussetzung der Mietzahlungen für alle Mieter:innen, die in Wohnungen leben, die während der heißesten Monate des Jahres als thermisch unzureichend eingestuft wurden. Vermieter:Innen und große Investmentfonds müssen gesetzlich verpflichtet werden, die Sanierung und umweltfreundliche Dämmung der Wohnungen zu finanzieren – andernfalls droht die Enteignung.
3. Das Recht auf Abkühlung ist ein Menschenrecht: Bedingungsloser 24-Stunden-Zugang zu öffentlichen, klimatisierten Unterkünften, die mit CO_2-freier Energie betrieben werden, ein Verbot der Wasserabschaltung wegen Nichtzahlung sowie freier Zugang zu Schwimmbädern und Trinkwasserstellen in allen Arbeiter:innenvierteln und die Sanierung von Gewässern für die öffentliche Nutzung unter Aufsicht von Rettungsschwimmer:innen.
4. Notfallplan zur Bekämpfung von Immobilienspekulation: Ein vollständiges

Verbot neuer Erschließungsvorhaben. Enteignung spekulativer Bauunternehmen, um ein groß angelegtes nationales Programm zur Renaturierung der Städte auf den Weg zu bringen, finanziert durch Sondersteuern für Ölkonzerne (wie TotalEnergies) und die Superreichen sowie durch die Streichung des Kriegsbudgets. Wir müssen unnötigen Asphalt aufreißen und städtische Wälder mit hochgewachsenen Bäumen pflanzen, um Arbeiter:Innenviertel zu kühlen.

5. Ökologische Planung angesichts des Klimawandels. Es ist notwendig, auf der Ebene der Infrastrukturstandards eine ökologische Planung umzusetzen, die künftige Wetterschwankungen berücksichtigt (und somit verhindert, dass Straßenbahnschienen mitten in einer Hitzewelle schmelzen), die von Fachkräften unter der Leitung eines wissenschaftlichen Beirats durchgeführt wird.

Die Klimakrise ist bereits da, doch ihr Ausgang wird nicht nur von den Gesetzen der Physik bestimmt, sondern vorallem von den Gesetzen des Klassenkampfs. Der Kapitalismus verbrennt uns bei lebendigem Leib; lasst uns unsere Wut nutzen, um ihn zu zerstören und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der unser Leben mehr wert ist als ihre Profite.

Anmerkung: Dieser Artikel stützt sich auf epidemiologische Daten und Medienberichte aus den Berichten von „Santé publique France“ vom 3. Juli 2026 sowie auf die Recherchen von „Mediapart“ vom Juni 2026.

Youth Strike am 20. November – für revolutionären Internationalismus gegen Krieg

und Imperialismus!

von Yorick F., Aufruf der Internationalen Sozialistische Liga, 4 Minuten Lesezeit

Die Welt brennt, literarisch und metaphorisch: Klimakrise, Krieg, Genozid, immer weiter wachsende Armut und die immer klarere Botschaft der Herrschenden an Jugend und Arbeiter:innenklasse: Euer Leben ist nichts wert außer dem Profit, den ihr für uns erwirtschaftet. Um die Militärapparate hochzufahren und Waffen für Genozide zu liefern, werden unsere Schulen, Universitäten und Gesundheitssysteme kaputtgespart. Während das Klima auf den kompletten Kollaps zusteuert, werden Maschinen gebaut, welche nichts tun, als Tausende Menschenleben und Natur und Klima zu zerstören.

Das alles sind keine Zufälle, es sind Ausdrücke des Imperialismus, des höchsten Stadiums des Kapitalismus. In einem Kampf um die Neuaufteilung der Welt in Einflusssphären, Bodenschätze und politische Macht stehen sich imperialistische Großmächte wie die USA und China, aber nicht nur sie, auch Deutschland, Frankreich oder Britannien gegenüber und wollen ihren Platz an der Sonne haben. Die Jugend und die Arbeiter:innenklasse tragen die Kosten davon: ob in Palästina, Libanon, Sudan, Kongo, Venezuela, Iran, Kuba oder der Ukraine, ob in maroden Schulen, ob in Zwangsmilitärdiensten und Musterungen, die uns für ihre Profite in den Tod schicken sollen, überall stehen wir einem gemeinsamen Feind gegenüber: dem imperialistischen Weltsystem.

Deswegen unterstützen und begrüßen wir das Manifest des International Youth and Student Strikes für die Mobilisierung für den 20. November. Dieses Manifest ist ein großer Schritt in die richtige Richtung! Aktuell sehen wir in ganz Europa Aufstände der Jugend gegen die Auswirkungen der Aufrüstung der EU: in Deutschland die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht, die eine wichtige Inspiration für den internationalen Youth Strike darstellen, Streiks gegen das Hidschabverbot in Österreich und Aserbaidschan, Schüler:innenproteste in Frankreich gegen kaputtgesparte Schulen, welche sich auch nach Belgien, Italien und Albanien verbreiten, oder Massenproteste

in Spanien und Portugal gegen Mietenwucher, mit großen Protestcamps in den letzten Monaten. Damit diese Bewegungen gewinnen können, müssen sie gemeinsam gedacht und vor allem gemeinsam gekämpft werden!

Wir als Internationale Sozialistische Liga (ISL) unterstützen diesen Aufruf und wollen uns tatkräftig daran beteiligen! Wir rufen alle Jugendlichen und Arbeiter:innen auf, mit uns europaweit und global auf die Straße zu gehen und einen Schritt in Richtung einer internationalen Bewegung gegen Krieg und Krise zu setzen!

Gleichzeitig bleibt es wichtig, über Perspektive und Strategie zu diskutieren:

Als ISL schlagen wir folgende Punkte für den Weg nach vorne vor. Wir laden alle Gruppen und Aktivist:innen dazu ein, diese mit uns zu diskutieren und sich unseren Reihen anzuschließen:

1. Bei einem Streik darf es nicht bleiben!

Eine Bewegung gegen die Militarisierung weltweit braucht mehr als einen Streik, es braucht regelmäßige, international koordinierte Aktionen, welche zum einen Menschen auf die Straße bringen, aber gleichzeitig auch international und vor Ort, an Unis, Schule und im Betrieb, feste Strukturen bilden, welche die Bewegung tragen können. Diese Termine sollten international koordiniert werden. Hierfür braucht es klare und transparente Strukturen, in denen sich alle Organisationen des Bündnisses einbringen können und sollten.

2. Konkrete Verbindung mit existierenden Kriegen

Solidarität muss praktisch werden. Die Aufrufe zu Solidarität mit konkreten Kriegen, Genoziden und anderen von imperialistischer Aggression betroffenen Staaten sind wichtig und richtig, es braucht aber eine Debatte darüber, wie wir unsere Solidarität praktisch werden lassen können. Uns muss klar sein, dass der wichtigste Schritt dabei sein muss, gegen die imperialistische Bestie in einem ihrer eigenen Herzen, in den

imperialistischen Staaten der EU, zu kämpfen. Das kann heißen, Widerstand gegen bestehende oder geplante Produktionsstätten und Transportzentren für Rüstungsgüter zu organisieren. Gleichzeitig sollten wir Aktionen wie die Flotilla nach Gaza oder den International Solidarity Convoy to Ukraine unterstützen. Auch wenn es sich dabei in erster Linie um humanitäre Projekte handelt, müssen wir diese Momente politisch nutzen.

3. Wir brauchen strategische Diskussion!

Das Youth-Strike-Bündnis besteht aus diversen Organisationen aus unterschiedlichen Ländern mit verschiedenen Programmen. Uns eint, dass wir der Militarisierung und dem Imperialismus etwas international entgegensetzen wollen. Gleichzeitig haben wir unterschiedliche Vorstellungen, was das konkret heißt und wie wir dahin kommen. Das darf nicht bedeuten, dass wir uns ausschließlich auf die Dinge verständigen, in denen relative Einigkeit besteht. Es muss gerade auch bedeuten, dass wir kontroverse Punkte ehrlich und solidarisch offen diskutieren können. Wir schlagen hierfür nach dem 20. November eine Strategiekonferenz des Youth Strike vor, um über Strategie, Ausrichtung und Taktik im Aufbau einer schlagkräftigen Bewegung zu diskutieren. Nur gemeinsam können wir Aufrüstung und Militarisierung wirksam etwas entgegensetzen. Wir rufen alle Organisationen und Aktivist:innen, die mit diesen Vorschlägen übereinstimmen, auf, sich unseren Organisationen in allen Ländern anzuschließen, um gemeinsam zu kämpfen für eine revolutionäre Perspektive!

Hoch die internationale Solidarität!

Blocus überall schaffen! 4

Punkte für: wie weiter?

ein Aufruf von REVOLUTION, Oktober 2026, 2 Minuten Lesezeit

Gestern hat das französische Gymnasium in Berlin den Anfang gemacht die Kämpfe der mutigen Schüler:innen in Frankreich auf unsere Schulen in Deutschland auszuweiten. Gestern gab es das erste Blocus in Deutschland.Wir sagen: Es braucht Blocus an jeder Schule in Deutschland! Praktische Solidarität mit unseren französischen Geschwistern heißt mit ihnen zu Kämpfen: gegen Aufrüstung, Genozid und kaputte Schulen. Gegen rassistische Spaltung und sexistische Lehrkräfte. Doch wie machen wir das?#

1. Nutzen wir die Strukturen die wir im letzten Jahr durch unsere Schulstreikbewegung geschaffen haben. Alle Schulstreikkomitees sollten Blocus an Schulen organisieren, lasst uns alle Schulen blockieren. Bringt in eure lokalen Komitees diesen Vorschlag ein und macht Solidaritätsstaments mit den existierenden Blocus!

2. Haltet auf den Blocus große Versammlung aller Schüler:innen ab, auf denen man abstimmt für: 1. Solidarität mit Schüler:innen in Frankreich 2. Aufruft zum internationalen Jugendstreik am 20.11. und 3. die Lehrer:innen aufruft die Blocus und Streiks zu unterstützen! Das kann man über Texte z.B. auf Instagram oder als Video!

3. Bildet Komitees an den Schulen, sofern es noch keine gibt und erarbeitet gemeinsam Forderungen für Verbesserungen an euerer Schule, einen Plan Druck zu machen um diese umzusetzen und überlegt wie ihr so viele wir möglich auf den Jugendstreik am 20.11. bringt!

4. Vernetzt euch mit anderen Schulen und organisiert demokratische Versammlungen in eurer Stadt von allen Schulen, wo weiter Pläne abgestimmt werden können! Die Streikkomitees können das unterstützen und helfen zu verwirklichen!

Schreibt uns eine Nachricht um das gemeinsam umzusetzen und unsere Wut

über die Umstände an unsere Schulen und auf die Straßen tragen! Blocus an allen Schulen und raus zum internationalen Schulstreik am 20.11.

Ohne Druck wird sich nichts verändern, Jugendstreik in allen Ländern!

Frankreichs Jugend im Streik! Kürzungspolitik, Polizeigewalt und rassistische Ausgrenzung

von Simon Says, Oktober 2026, 10 Minuten Lesedauer

„Jedes Mal, wenn wir versuchen, unsere Stimme zu erheben oder zu demonstrieren, werden wir wie kleine Kinder behandelt. Aber wenn es darum geht, die Bullen auf uns zu hetzen, behandeln sie uns wie Erwachsene.“ **so Miriam (16) Schülerin aus Montreuil.**

Was am 24.10. mit der ersten Blockade am Lycée Saint-Exupéry in der Île-de-France startete breitete sich zu Protesten und Streiks in über 600 Lycées (Gymnasien) und über 30 Hochschulen aus! Die Jugend geht auf die Straße gegen ihre kaputtgesparten Schulen, schlechte Lernbedingungen, Lehrkräftemangel, rassistische Ausgrenzung und Pläne der Regierung, alle in eine noch beschissenere Lage zu kürzen!

Die aktuelle Lage

*„Man schießt der Jugend ein Auge aus, so wie sie es mit den Gelbwesten getan haben“***Ryad Rani, Präsident der Schülergewerkschaft *Union syndicale lycéenn.***

Mittlerweile sollten viele davon mitbekommen haben, die Jugend in Frankreich kämpft für ihre Stimme, ihre Bildung und gegen „ihren“ Staat, der es besonders Armen und rassistisch Unterdrückten schwerer und schwerer macht. In weniger als 10 Tagen hat sie es geschafft, dass an rund einem Viertel aller Lycées der Unterricht stillsteht und es werden täglich mehr! Und das alles ohne langwierige Organisation im Voraus. Was die Proteste trägt ist die berechtigte Wut der Schüler:innen. Schon bald schlossen sich auch Student:innen ihnen an und taten es ihnen gleich an den Unis. Auch Lehrer:innen unterstützen, viele protestieren mit und schützten ihre Schüler:innen beispielsweise mit Menschenketten vor der Polizei!

Die Lage an den Schulen der sogenannten Banlieues (den armen Vororten von Großstädten wie Paris) ist katastrophal. Die Schulgebäude sind marode und kaputtgespart, Schimmel, kaputte Klos, fehlende Heizungen, einstürzende Fenster und Decken und alles was dazu gehört ist hier Normalität! Die Lehrkräfte sind massiv unterbesetzt und unterbezahlt, daraus folgt Überlastung und schlechterer Unterricht. Ein großer Ausgangspunkt war auch der immer weiter steigende schulische Druck und gottlose Stundenpläne. Das Konzept des „8-18 Uhr Unterrichts“ und zu kurze Pausen bringen alle an den Schulen immer weiter in die Überlastung! Hier ist leider auch zu wenig Platz um sich ausreichend über das Auswahlsystem nach den Gymnasien aufzuregen, welches es für Arbeiter:innenkindern, Armen und rassistisch Unterdrückte besonders schwer macht, überhaupt höhere Bildung zu erhalten.

Fakt ist jedenfalls, es läuft beschissen für die Schüler:innen in Frankreich, so beschissen, dass sie jetzt die Nase voll haben!

Die Antwort des Staates

„Jeden Tag schickt man uns Polizisten, aber niemals Lösungen.“ **Eine Schülerin aus Beaumont-sur-Oise.**

Die Diener:innen der Staatsmacht, die seit jeher auf die Missstände scheißt, die sie geschaffen hat, rückten mit aller Brutalität an! Es gab bereits über 3000 Verhaftungen und weit über 200 verletzte Schüler:innen! Da wo besetzt

und gestreikt wird, ist im nächsten Moment die Bullerei in Kampfausrüstung da und versucht das mit aller Kraft zu verhindern!

„Wir sind um sechs Uhr morgens angekommen, und jedes Mal, wenn wir versucht haben, die Blockade aufzubauen, ist die Polizei eingeschritten. Sie sind auf uns losgegangen und haben uns herumgeschubst, aber wir haben eine Menschenkette gebildet, um standzuhalten.“ **Mila, Schülerin in Montpellier.**

Die besonders beschissenen Lebensumstände der ärmsten Teile der Arbeiter:innenklasse und ihrer Jugend sind eben nicht Fehler im System sondern klarer Ausdruck davon! An dem Punkt wo „Pöbel“ sich auflehnt und das nicht bloß mit leicht zu ignorierenden Petitionen und friedlicher Beteiligung an der bürgerlichen Demokratie, kommt der kapitalistische Staat um die Ecke und macht klar wer und welche Interessen hier zählen. Er duldet keine Form von Gegenmacht von unten. Nicht die Arbeiter:innen sollen bestimmen, sondern das Kapital! Und wir als Jugend sollen schon früh lernen, wie der Hase läuft, im Zweifelsfall mit Gewalt. Auch hier in Deutschland haben wir das immer wieder erfahren müssen, etwa bei Demonstrationen in Solidarität mit Palästina, der Klimabewegung oder auch auf dem jüngsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht in Berlin.

Die Wut ist nicht neu!

Hier ist das Konzept der sogenannten Banlieues ganz bedeutend! Auch hier gäb es so viel darüber zu erzählen, aber kurzgesagt:
Sie waren v.a. nach dem zweiten Weltkrieg errichtete Stadtviertel für das französische Industriekapital. Hier sammelten sich Arbeiter:innen aus den ehemaligen Kolonien und einfache Fabrikarbeiter:innen aus dem ganzen Land in schnell hochgezogenen Siedlungen. Seitdem die Fabrikarbeit ab den 70er Jahren durch Verlagerung ins Ausland (v.a. Halbkolonien) deutlich gesunken ist, fielen viele der Bewohner:innen in Perspektivlosigkeit. Ähnliches kennen wir aus vielen ostdeutschen Städten oder dem Ruhrgebiet.

Es entwickelte sich hohe Arbeitslosigkeit und massive soziale Ausgrenzung, insbesondere migrantisierte Menschen wurden in die Banlieus gedrängt. Die

Menschen hier sollten jetzt für einen Hungerlohn den Billiglohnsektor, v.a. in den nahen Großstädten, auffüllen und bitte dabei ihren Mund halten.

Was jetzt noch der Sargnagel für die Menschen vor Ort ist, ist die Sparpolitik, die natürlich auch in Frankreich mit der Militarisierung Hand in Hand geht. Allein was die Regierung unter Sebastian Lecornu am 1. Oktober 2026 vorgestellt hatte ist zum Kotzen! In dem 54 Milliarden Kürzungspaket finden sich massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst, 2,5 Mrd. für den Arbeitsmarkt, 4 Mrd. für die Rente, strengere Begrenzungen bei Krankengeld und Entschädigung bei Arbeitsunfällen. Eine verpflichtende Studiengebühr von 270 Euro war ebenfalls vorgesehen, wurde aber bereits zurückgenommen. Und wohlgemerkt, das sind die Pläne die obendrauf auf vorherige Kürzungen und die bereits zuvor fatale Lage im Moment!

Frankreich ist ein Land was sich damit brüsten darf auch mal auf den Putz zu hauen, wenn der Staat scheiße abzieht. Und so oft wie dort die Hütte brennt, denken wir an die Gelbwesten-Bewegung oder die Bewegung gegen die Rentenreform 2022, sieht man schon wie viele und regelmäßige Angriffe auf die Arbeiter:innen und Armen es dort immer wieder gibt.

Der Rassismus in Frankreich

Die Wut kommt aber eben auch aus der besonders starken Unterdrückung von POCs. Die „Tradition“ aus der Zeit französischer Kolonialverbrechen, PoCs in prekäre Jobs zu zwingen, sie aus der Gesellschaft und der restlichen Arbeiter:innenklasse zu isolieren und extremst zu überwachen, wird auch heute nahtlos fortgeführt! Rassismus ist sowohl in seiner Funktion für den französischen Staat und das Kapital essenziell, aber auch immer noch tief in der Gesellschaft verankert, was auch mit dem aktuellen Rechtsruck immer weiter befeuert wird.

Zum einen sieht man das an den Banlieus, den Armutsvierteln, wo PoCs ohne Aufstiegschancen hingedrängt und in den letzten Jahrzehenten Eingewanderte direkt dorthin gesiedelt wurden. Von dort aus gibt es wenige Auswege, das System ist darauf ausgelegt, die Armut von Generation zu Generation weiter zu geben und Menschen weiterhin in den Billiglohnsektor

zu zwingen. Was man an der schlechteren und unzugänglichen Bildung sieht, an den Schulen wo die Proteste ihren Ausgangspunkt nahmen.
Die Überwachung und Kriminalisierung der Banlieus ist stark ausgeprägt. Die Polizei steht an allen Ecken und Enden und kontrolliert und schikaniert v.a. migrantisierte Jugendliche Tag für Tag! Die Kontrollen merkt man auch an den Schulen.

Rund um Gymnasien werden für Hunderttausende Videoüberwachungssysteme angebracht und Polizeikontrollen auf dem Schulweg gehören zum Alltag. Hier wird pauschal jede PoC wie ein Krimineller behandelt. Für den Ausbau der Repressionsorgane hat der Staat Geld, aber für die Lösung der sozialen Probleme, die womöglich erst Jugendliche in die Kriminalität treibt, da ist nichts da!

„Wir führen diese Blockade durch, um unsere Unzufriedenheit mit dem Schulsystem zu zeigen. Die Regierung kümmert sich nur um unser Kopftuch, anstatt uns Lehrer in allen Fächern zur Verfügung zu stellen“ **Schülerin aus Sarcelles**.

Der Rassismus geht auch im Schulalltag weiter, seit 2004 existiert in Frankreich das Kopftuchverbot, auch für zu lange Röcke werden muslimische Schüler:innen bestraft. Antimuslimischer Rassismus in Reinform! Schüler:innen berichten von willkürlichen Bestrafungen in den Schulen mit vorgeschobenen Gründen, v.a. gegenüber rassistisch Unterdrückten. Ein weiteres Mittel dafür stellt das Handyverbot dar, welches es den Schulleitungen und Lehrkräften noch einfacher macht dem Rassismus freien Lauf zu lassen, denn dokumentiert werden kann dieser nicht! Erinnern wir uns an das Video aus der Ernst-Abbe-Schule in Neukölln, wo ein Lehrer einen Schüler für das Zeigen einer Palästina Flagge schlägt. In Frankreich hätte dieses Video gar nicht entstehen können, nicht entstehen sollen.

Was kann die Jugend in Deutschland davon lernen?

Auch hier waren Jugendliche zur selben Zeit auf der Straße und sind in den Streik getreten, doch nicht bloß im kämpferischem in der allgemeinen

Schüler:innenschaft sollte man sich eine Scheibe abschneiden! Auch wenn die Organisierung spontan war gibt es in Frankreich bereits landesweit Organisation in Strukturen der Gegenmacht von unten! Landesweit organisierte Schüler:innengewerkschaften. Das ist es, was wir auch in Deutschland (und Österreich) aufbauen müssen, um den Schulstreik voran zu bringen und auszuweiten! Bereits bestehende Schulgruppen müssen sich bundesweit vernetzen und auf regelmäßigen Deligiertentreffen darüber beraten, wie der Kampf weitergeführt und intensiviert werden kann! Und wir müssen wegkommen davon, Streik bloß zu verstehen als ein dem Unterricht fernbleiben und stattdessen demonstrieren. Das hat bereits die Fridays for Future Bewegung nicht zum Sieg geführt. Stattdessen müssen wir, wie unsere Genoss:innen in Frankreich, den Protest an die Schulen selber tragen! Mülltonnen mit denen wir die Einfahrt verbarrikadieren, und so den Schulbetrieb wirklich unmöglich machen, könnten, gibt es bei uns schließlich auch. Und der deutsche Staat wäre schnell in Bedrängnis, wenn wir sagen: Bundeswehr raus aus den Schulen, Wehrpflicht wieder abschaffen – Sonst findet kein Unterricht mehr statt!

Solidarität mit den Streikenden!

Vollste Solidarität mit unseren Klassengeschwistern in Frankreich! Ihr habt so viel Recht wie es nur geht mit euren Besetzungen und Streiks! Die Schule muss organisiert werden von uns selbst, von Räten aus Schüler:innen und Lehrer:innen! Was und wie wir lernen wollen ist unsere Sache! Und das Geld das wir dafür brauchen, das nehmen wir uns durch massive Besteuerung der Reichen und Konzerne, in Frankreich wie in Deutschland!

Letztendlich darf es aber nicht dabei bleiben, dass die Jugend in jedem Land ihr eigenes Ding fährt! Die Wurzel des Problems der Sparpolitik, der Militarisierung, des Rechtsrucks und des Rassismus ist egal wo die selbe, das imperialistische Weltsystem! V.a. in Europa gilt es den Kampf gemeinsam zu führen, gegen den EU-Imperialismus, seine Ambitionen, seine Kriege und seinen Militarismus. Der in Zeiten der Krise und im Kampf um die Neuaufteilung der Welt seine Lasten auf uns und auf all unsere Klassengeschwister in allen Nationen legt, insbesondere auf diejenigen in

Halbkolonien! So sind die Bedingungen der Jugendlichen im „Francafrique“, den noch immer wirtschaftlich abhängigen ehemaligen Kolonien Frankreichs, noch wesentlich beschissener als in Frankreich selbst! Die Jugend ist, genauso wie die Arbeiter:innenklasse, international, also müssen wir auch zur gemeinsamen Kraft werden und international kämpfen!

Wir fordern:

- Geld für unsere Bildung, statt für den Krieg – Wir wollen selbstbestimmt und komfortabel für unsere Zukunft lernen können, nicht dass unsere Zukunft im Schützengraben endet!
- Ob Deutschland oder Frankreich: Kampf dem Staat und seinen Repressionsorganen! Für eine Entwaffnung der Polizei und Ersetzung durch Selbstschutzorgane aus den Betrieben, Schulen und Nachbarschaften! Für die Sicherheit von Arbeiter:innenkiez und Banlieu sollten die Bewohner:innen selber sorgen – Keine staatlichen Schlägerbanden!
- Stoppt jeden Rassismus! Für volle Staatsbürger:innenrechte für alle, dort wo sie leben! Für selbstverwaltete Antidiskriminierungsstellen in Schulen, Hochschulen, Betrieben, etc.! Für Religionsfreiheit und gegen rassistisch motivierte Kleidungsvorschriften!
- Für ein massives Investitionsprogramm in Schulen, Universitäten, Jugendzentren und jegliche Infrastruktur, die für Arbeiter:innen, Jugendliche und sonstige Unterdrückte relevant ist! Insbesondere dort, wo es am meisten gebraucht wird, also in den Banlieus und sonstigen Arbeiter:innenvierteln! Finanziert durch Besteuerung der Reichen und Konzerne!